



**EXPO2000
HANNOVER**

Die Weltausstellung

Landeshauptstadt

Hannover

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
im Büro Oberbürgermeister

Rathaus | Trammplatz 2 30159 Hannover

Ihre AnsprechpartnerIn:

Telefon | 0511 168
Fax | 0511 168

Hannover

**Einbürgerung in Hannover – Bedeutung und Erfahrungen
Rede des Finanz-, Rechts- und Ordnungsdezernenten
Dr. Marc Hansmann am 30.09.2008 anlässlich einer
Tagung der Arbeiterwohlfahrt**

Anrede,

in unserer Stadt hat fast jede/r vierte Einwohner/in einen Migrationshintergrund. Bei den Neugeborenen sind es sogar 40 %! Einbürgerung und Integration sind ange-sichts dieser Zahlen mit die wichtigsten kommunalen Herausforderungen überhaupt. Oberbürgermeister Weil, von dem ich Sie sehr herzlich grüßen soll, hat daher gleich nach Amtsantritt die Vorbereitungen für den Lokalen Integrationsplan (LIP) getroffen. Dieser Integrationsplan ist mittlerweile in einem breit angelegten Beteiligungsprozess erarbeitet – einige heute hier Anwesende haben aktiv mitgemacht – und vom Stadt-rat beschlossen worden.

Eine der vielen Maßnahmen des LIP sieht vor, dass die Ausländerbehörde aktiv auf die Möglichkeiten einer Einbürgerung hinweist und informiert. Das heißt, potentielle Kandidatinnen und Kandidaten sollen zukünftig stärker auf die Möglichkeit ange-sprochen werden, die Einbürgerung zu beantragen. Diese Maßnahme ist absolut richtig, und wir haben schon angefangen, sie umzusetzen. Auch wenn die Einbürge-rung nur ein formell-juristischer Akt der Integration ist, darf ihre emotionelle Wirkung nicht unterschätzt werden. Viele Menschen haben im wahrsten Sinne des Wortes einen weiten Weg hinter sich gebracht, bevor sie Deutsche/r werden. Wenn sie dann vom Oberbürgermeister oder den Bürgermeister/innen die Einbürgerungsurkunden ausgehändigt bekommen, kann man bei einigen die Tränen in den Augen sehen. Nicht wenige sind stolz auf ihre neue Nationalität und verstehen gar nicht, warum viele Geburtsdeutsche das nicht sind.

Mich erfüllt mit Stolz, wenn sich Menschen freiwillig für die deutsche Staatsangehö-rigkeit entscheiden. Es ist ein gutes Zeichen, dass Menschen zu uns kommen und Teil unserer Staatsgemeinschaft werden wollen! Offenbar sind wir ein attraktiver Ort, was natürlich insbesondere für die Stadt Hannover gilt, bekanntlich die schönste Stadt der Welt. Letzteres ist vielleicht etwas übertrieben, aber man möge mir einen Ort zeigen, wo die Lebensqualität höher als in Hannover ist. Ich habe zumindest noch keinen gefunden.

Deutschland war nicht immer attraktiv. Lange Zeit waren wir ein Auswanderungs-land. Unterdrückung, Armut und später 12 Jahre Nazi-Terror trieben Millionen Men-schen aus dem Land. Vor ein paar Jahren haben wir es endlich geschafft, ein Zu-wanderungsgesetz zu verabschieden. Seitdem ist klar: Deutschland ist ein Einwan-derungsland. Seitdem haben wir auch endlich den altmodischen Blutsgedanken rela-

tiviert. Die deutsche Staatsangehörigkeit kann jetzt auch jemand erlangen, der keine deutschen Vorfahren hat.

Meine Damen und Herren, vor ein paar Wochen war in der Presse zu lesen, dass die Anzahl der Einbürgerungsanträge sinkt. Das stimmt. Im Jahr 2005 waren es 2.900 Anträge, 2006 knapp 2.300, im letzten Jahr ca. 2.000 und in diesem Jahre rechnen wir mit gut 1.800 Anträgen. Diese Entwicklung aufzuzeigen, ist leichter als sie zu erklären. Die Debatte um die Einbürgerungstests mag zu dieser Entwicklung beigebracht haben. Sicherlich stellt das Abfragen reinen Schulwissens für erwachsene Menschen eine emotionale Hürde dar, um sich einbürgern zu lassen. Das Zurückgehen der Zahlen hat aber auch viel damit zu tun, dass seit Mitte der 90er Jahre deutlich weniger Migrantinnen und Migranten zu uns kommen. Wir können es zwar zahlenmäßig nicht belegen, aber vermutlich hat die Anzahl derjenigen abgenommen, die sich überhaupt einbürgern lassen könnten. Die konkreten Zahlen der vollzogenen Einbürgerungen haben auf jeden Fall nicht abgenommen. Sie sind sogar seit 2005 gestiegen: von 1.500 auf knapp 1.700 im letzten Jahr. Für dieses Jahr rechnen wir mit ca. 1.600 Einbürgerungen.

Wir haben in diesem Jahr übrigens schon 21 Einbürgerungszeremonien durchgeführt. Hier kriegen wir ein ausgesprochen positives Feedback. Zweifellos ist der prachtvolle Mosaiksaal im Neuen Rathaus, die Reden des Oberbürgermeisters oder der Bürgermeister/innen und häufig auch eines externen Gasts ein absolut würdiger Rahmen. Eine meist peppige Musikeinlage sorgt für Auflockerung. Mit einem Glas Sekt oder O-Saft klingt die Zeremonie schließlich aus. Die Stadt zeigt mit dieser Veranstaltung, dass uns unsere neuen Bürger/innen willkommen sind. Und diese Geste wird verstanden. Übrigens mussten wir ein wenig nachhelfen. Zur ersten Zeremonie kamen leider nur sehr wenige. Danach haben wir festgelegt, die Einbürgerungsurkunden grundsätzlich nur im Rahmen der Zeremonie zu überreichen.

Die Einbürgerungszeremonien sind nicht nur eine Geste für die Neudeutschen, sondern auch Ausdruck für das sich wandelnde Verständnis der Verwaltung. Das Aushändigen der Urkunden ist nicht mehr nur ein formaler Verwaltungsakt, sondern seit 1 ½ Jahren auch ein feierlicher Akt. Deutsche Behörden sind traditionell extrem auf Rechtmäßigkeit geeicht. Und das können wir gut. Gerade im Bereich des Ausländer- und Einbürgerungsrechts werden wir häufig verklagt, verlieren aber nur ganz wenige Prozesse. Das zeigt, dass wir das Recht richtig anwenden! Das ist bei diesem komplizierten Rechtsbereich beileibe nicht einfach und verlangt von den Sachbearbei-

ter/innen eine tiefe Durchdringung der Rechtsmaterie. Auch wenn es manchmal hart erscheint: Das Recht konsequent umzusetzen, ist ein absolutes „muss“. Alles andere wäre Willkür und die darf es in einem Rechtsstaat nicht geben. Nicht wenige Ausländer wissen nur zu gut, dass ein Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeit ist. Das Wort Ermessensspielraum setzt Recht übrigens nicht außer Kraft! Dort wo wir Ermessungsspielraum haben, setzen wir ihn konsequent zugunsten der Betroffenen um. Gerade im Einbürgerungsrecht ist aber der Ermessungsspielraum häufig durch detaillierte Vorgaben des Bundes und des Landes eingegrenzt und lässt den städtischen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern nicht viel Raum für eigene Entscheidungen.

Statt „Betroffenen“ sollte ich vielleicht besser „Kundinnen und Kunden“ sagen. Ich sagte schon, deutsche Behörden sind extrem gut in der Beachtung der Rechtmäßigkeit. An der Serviceorientierung hapert es traditionell, aber wir arbeiten hart daran. Meine Erfahrungen mit amerikanischen und französischen Behörden sagen mir aber, dass wir gar nicht schlecht sind. Zumal wir uns in den letzten Jahren stark verbessert haben. Wir haben kürzlich über 500 Kundinnen und Kunden der Ausländerbehörde intensiv befragt. Das erfreuliche Ergebnis können Sie heute auch den lokalen Tageszeitungen entnehmen: 73 % gaben eine positive Rückmeldung! Immerhin 8 % sagten, dass alles viel besser als früher sei. Seit Einführung der Terminvergabe sanken die Wartezeiten auf durchschnittlich 10 Minuten, während sich früher schon am frühen Morgen lange Schlangen bildeten. Auch bei der Einbürgerungsbehörde stellen wir mehr und mehr auf Terminvergabe um, damit es nicht zu unnötigen Wartezeiten kommt.

Wie ich schon sagte, weisen wir seit kurzem verstärkt auf Einbürgerungsmöglichkeiten hin und leisten gerne eine aktive Beratung. Auch wenn die Einbürgerung letztlich „nur“ ein formeller Akt ist, so ist sie doch ein wichtiger Baustein in der Integration. Und diese muss besser werden. Darüber dürfte ein breiter gesellschaftlicher Konsens bestehen. Das kann aber nicht nur die Aufgabe des Staates und der Stadt sein, sondern muss von der ganzen Gesellschaft getragen werden. Und je mehr Menschen die Integration fördern und sich Gedanken über Entwicklungen und Perspektiven machen, desto besser. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen bei Ihrer heutigen Tagung viel Erfolg! Leider rufen mich akute Finanzprobleme zurück ins Rathaus. Frau Struchholz, die Leiterin der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde, wird aber bei Ihnen bleiben und mit Ihnen diskutieren.